Nummer 399

Mit Kurszettel

# Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 100000 Mk. 69. Jahrgang Mittwoch, 29. August 1923

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53-54
GRUNDSTÜCKE

## Die Umkehr der englischen Politik.

In der römischen „Idea Nazionale“ lesen wir in einem Artikel „England und das europäische Problem“ folgendes:

„Deutschland war bis 1914 politisch wie wirtschaftlich in Europa und außerhalb zu rasch und zu furchtbar gewachsen, um dem englischen Geschäftsimperialismus nicht als Bedrohung erscheinen zu müssen. Mit dem Kriege von 1914, welcher Deutschland zur Hegemonie verhelfen und seine Konkurrenz unwiderstehlich machen konnte, wurde die Bedrohung unmittelbar und ging ans Leben. Deshalb hat England sich auf die Seite der Feinde Deutschlands gestellt und die Waffen nicht eher niedergelegt, als bis dieses am Boden lag und als Konkurrent ausgeschaltet war. Den Besiegten wurden sofort Kriegs- und Handelsflotte wie das afrikanische Kolonialreich weggenommen; sie wurden aus der Bagdadbahn und den anderen anatolischen Bahnen ausgeschlossen, die Wege zum Schwarzen Meer, zur Donau wurden ihnen abgeschnitten. Außerdem ließ England Deutschland einen solchen Reparationstribut auferlegen, daß es in seiner Industrie und gesamten Wirtschaft lahmgelegt wurde; es gestattete, daß Deutschland im Osten und Westen verstümmelt wurde, um die Gefahr eines zu schnellen Wiederaufstiegs zu beseitigen. Mit allen diesem waren die imperialistischen Kriegsziele Englands ebensoumfassend wie gründlich erreicht.

Als dann aber Frankreich auf jede Weise noch weiter gehen wollte, hat das englische Interesse nach und nach sich gänzlich umgekehrt. Und wirklich, was bedeutete das französische Programm einer systematischen Zerstörung der noch übriggebliebenen deutschen Macht anderes als die Zerstörung jenes europäischen Gleichgewichts, das von England im Kriege gegen Deutschland verteidigt worden war. Sollte England jetzt etwa jenes Streben nach militärischer, wirtschaftlicher und politischer Kontinentalhegemonie zugunsten Frankreichs unterstützen, das man Deutschland gegenüber rücksichtslos zerstört hatte? Und konnte England zugeben, daß durch den Verfall Deutschlands, dem der Verfall von ganz Mittel- und Osteuropa folgen müßte, die besten und nächsten Handelsmärkte vernichtet würden, was eine Verewigung der sozialen und Arbeitskrise bedeuten würde, unter der England schon heute leidet? Die englische Politik konnte also gar nicht anders, als sich mit voller Ueberzeugung der französischen Politik einer äußersten Fortsetzung des Krieges entgegenzustellen. Da aber diese französische Politik mit krampfhafter Starrheit nur die letzten Konsequenzen der alten offiziellen Ententekriegsformeln zog, d. h. der deutschfeindlichen Mythen, die während des Krieges von England selbst angewandt und im Versailler Vertrag untersiegelt worden sind, so konnte England sie gegenüber der öffentlichen Weltmeinung und auch der langsamen Meinung in England selbst, nicht auf einmal verleugnen, und konnte sich der französischen Politik nicht anders widersetzen als verschleiert, indirekt, durch Obstruktion und erst später nach und nach entschlossener und offener. Und genau so ist die englische Politik denn auch vorgegangen. Sie hat erst den Franzosen die Rheingrenze und den Garantiepakt verweigert, dann die neuen Besetzungen verurteilt. Der Weg führt von dem diplomatischen Kampf Englands um Oberschlesien und dem „Revisionismus“ Lloyd Georges zu den Wiederaufbauplänen in Genua, von dem Antrag, die deutsche Schuld herabzusetzen, zu einem beantragten Moratorium, von der systematischen Mobilmachung der Weltmeinung zu dem Genuavorschlag Bonar Laws, von der letzten entschiedenen Verurteilung des Ruhrunternehmens zu der jetzigen diplomatischen Schlacht ... und es ist sicher, daß der Wille des englischen Volkes über die Unschlüssigkeiten seiner Regierung siegen wird. Dann wird die englische Politik in eine neue, entschieden franzosenfeindliche Phase eintreten. Sie wird für eine noch nicht abzuschätzende Dauer zu dem traditionellen Gegensatz zu Frankreich zurückkehren, der nur durch die drängendere, gefährlichere Drohung durch die deutsche Uebermacht auf eine gewisse Zeit hat unterbrochen werden können.

Und dann wird England auch wohl erst richtig die neue Aufgabe und den neuen Wert Italiens für das europäische, Mittelmeer- und Weltgleichgewicht erkennen.“

Gerade auch der letzte kurze Satz eröffnet neue Ausblicke für die gesamte europäische Politik.

## Botschafter Harvey bei Coolidge.

London, 29. August.

„Times“ meldet aus Washington, der amerikanische Botschafter in London, Harvey, der einige Tage Gast des Präsidenten Coolidge gewesen sei, werde am 8. September nach England zurückkehren. Sein Besuch habe dazu gedient, ihm mit den Ansichten des Präsidenten Coolidge über die auswärtigen Fragen vertraut zu machen. Man erwarte, daß Harvey noch beträchtliche Zeit Botschafter in London bleiben werde. Demgegenüber telegraphiert der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ seinem Blatt, Botschafter Harvey werde seinen Posten noch vor Ablauf des Jahres verlassen.

Egler & Co., Bankgeschäft,
Berlin C. 2, An der Schleuse 9.
Zentrum 1798, 7765. (40760-69)2

# London von der belgischen Note enttäuscht

## „Ohne Verständigungswunsch weitere Verhandlungen zwecklos.“

London, 29. August.

**Das Reutersche Bureau erfährt mit Bezug auf die in der belgischen Note enthaltenen Vorschläge, unformelle Unterredungen zwischen den alliierten Ministern über die Reparationsfrage stattfinden zu lassen, aus einer nicht offiziellen, aber gut unterrichteten Quelle, daß die britische Regierung durchaus bereit sein würde, an derartigen Unterredungen teilzunehmen, wenn Aussicht bestehe, daß sie Erfolg haben. Man sei der Ansicht, daß, wenn Frankreich und Belgien auf dem in ihren bisherigen Noten dargelegten Standpunkt verharrten, solche Unterredungen schlimmer als zwecklos sein würden. Der englische Standpunkt könne außerdem durch Verhandlungen nur gewinnen, wenn sie öffentlich seien. Großbritannien könne einer Wiederaufnahme wichtiger diplomatischer Erörterungen nur zustimmen, falls die Alliierten klar den Wunsch nach einem Uebereinkommen und die Bereitschaft ausdrückten, ihre Stellungnahme so zu ändern, wie es die Lage erfordere.**

Das Urteil der meisten Blätter über die belgische Note kann in die Worte zusammengefaßt werden, mit denen „Daily Chronicle“ seinen Leitartikel überschreibt: „Ein besserer Ton, ohne jedoch Aussichten zu eröffnen.“ Das Blatt erklärt, die Note enthalte einen Vorschlag, der kaum erfolgversprechend sei, daß nämlich geheime Erörterungen zwischen den alliierten Ministern stattfinden sollten. Dies würde nichts anderes sein, als eine Rückkehr zu den diplomatischen Methoden, wie sie in den Monaten Mai und Juni erschöpfend, aber äußerst erfolglos angewandt wurden. Das besondere Verdienst der Initiative Baldwins sei gewesen, daß er die Verhandlungen aus dieser Phase herausgebracht habe. Der Notenaustausch habe die Frage wenigstens in die Oeffentlichkeit, vor das Forum der Völker, gebracht. Es könne nicht Englands Wunsch sein, so sehr es auch der Wunsch Poincarés sein möge, das Problem wieder in der früheren Geheimhaltung zu begraben.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen herrsche allgemein die Ansicht, daß die belgische Note nicht dazu beitrage, eine praktische Vereinbarung unter den Alliierten zu fördern, und daß ihr Inhalt sehr enttäusche, da sie nur wenig Konstruktives, selbst von der finanziellen Seite betrachtet, biete. In seinem Leitartikel bedauert „Daily Telegraph“, daß die belgische Regierung nicht ihren eigenen konstruktiven Plan für die allmähliche Räumung des Ruhrgebiets unterbreitet habe, wie man es hier bis vor kurzem erwartet habe. Es müsse daher angenommen werden, daß die französische Regierung den Plan ungern gesehen und ihren Alliierten überredet habe, ihn nicht zu veröffentlichen. „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, wenn eine Unterhaltung aufrichtig gewünscht würde, so sollte sie stattfinden, nur um zu sehen, ob und bis zu welchem Grade die Erklärung des neuen deutschen Kanzlers die Lage verändert habe. „Daily Telegraph“ hebt hervor, daß in der belgischen Note kein weiteres Wort über den Vorschlag, eine internationale Sachverständigenkommission einzuberufen, enthalten sei. Es könne daher angenommen werden, daß Belgien auf seiner Politik vom 30. Juli beharre. Mit Bezug auf das Ruhrgebiet sei die belgische Note nur ein Echo der französischen.

„Westminster Gazette“ schreibt, die belgische Note erwecke den Eindruck, daß es zwecklos sei, den Notenaustausch fortzusetzen. Auch durch freundschaftliche und diskrete Unterredungen zwischen den alliierten Ministern könnten die Meinungsverschiedenheiten nicht überbrückt werden. Es wäre besser, die Ruhrbesetzung einzustellen, damit Deutschland sich industriell neu organisieren und die Bezahlung der Reparationen wieder aufnehmen könne. Es sei besser, sofort anzuerkennen, daß weder die französische noch die belgische Note irgendeine Annäherung an den englischen Standpunkt hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebietes, der Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit und der Regelung der interalliierten Schulden biete. Der britische Standpunkt sei bereits deutlich genug dargelegt worden. Jetzt habe die Welt ihr Urteil über die verschiedene politische Auffassung abzugeben. Man dürfe jedoch die Dinge nicht laufen lassen. Da keine Aussicht besteht, mit Frankreich und Belgien zu einer gemeinsamen Regelung zu schreiten, **müsse England eine eigene Aktion unternehmen. Auf die deutsche Note müsse eine Antwort erteilt werden.**

„Times“, die die belgische Note mit derselben Zurückhaltung beurteilt wie seinerzeit die französische Note, schreibt, die Haltung Belgiens gegenüber der Ruhrfrage und dem allgemeinen Reparationsproblem sei nicht unbedingt identisch mit der Haltung seines französischen Alliierten. Es sei bemerkenswert, daß die belgische Note eine Rechtfertigung der Ruhrbesetzung unterlasse. Die belgische Note trete vielleicht etwas vorsichtig und schüchtern in ihrer Vermittlerrolle auf. Das Ziel sei, die Aufmerksamkeit auf die wenigen Punkte des finanziellen Programms zu konzentrieren. Wenigstens sei in finanzieller Hinsicht ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Die Differenzierung in verschiedene Vorschläge könne aber überwunden werden durch die Erörterung der Tatsache, daß Deutschland Garantien und produktive Pfänder angeboten habe. Dieses Angebot sei nachdrücklich von Stresemann betont und im weitesten Sinne ausgelegt worden, obwohl er separate Verhandlungen für das Rheinland und für das Ruhrgebiet nicht zugeben werde. Das Ruhrproblem sei akut. Man müsse zu Verhandlungen schreiten. **Es sei notwendig, das Ruhrgebiet für seine frühere Tätigkeit wiederherzustellen, damit es seinen Platz im Wirtschaftsplan eines vereinigten Deutschland wieder einnehmen könne, das jetzt endlich bereit sei, seine Industrie und Wirtschaftstätigkeit für die Bezahlung einer endgültigen Reparationssumme zu verpfänden.**

## Englisch-französische Flottenrivalität im Mittelmeer.

### Beunruhigung in Paris.

London, 28. August.

**Reuter berichtet aus Malta, daß der Erste Lord der Admiralität Amery am 31. August in Marseille eintrifft und am 1. September nach Malta abfahren wird. Es verlautet, daß er dort drei Tage bleiben und sich hierauf nach Konstantinopel begeben wird, um die Mittelmeerflotte zu inspizieren. Man sei der Ansicht, daß der Besuch Amerys in Zusammenhang stehen könne mit der neuen Verteilung der Flotte, die in Aussicht genommen sein soll. Durch diesen neuen Verteilungsplan würde die Mittelmeerflotte wieder ihre frühere Stellung der stärksten britischen Flotte im Dienst einnehmen.**

TU Paris, 28. August.

**Die Londoner Meldung von einer Neuaufstellung der englischen Flotte im Mittelmeer erfüllt einen Teil der Pariser Presse mit lebhafter Unruhe. So schreibt das „Journal“: Diese Nachricht ist ziemlich überraschend, da einige Jahre vor dem Krieg die stille Uebereinkunft getroffen wurde, daß die französische Flotte das Mittelmeer, die englische dagegen den atlantischen Ozean bewachen sollten.**

## Dr. Benesch bei Mussolini.

eca Rom, 29. August.

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der nunmehr in Rom eingetroffen ist, hatte gestern vormittag eine Unterredung mit Mussolini, die etwa 1½ Stunden dauerte und in der, wie man glaubt, wirtschaftliche und allgemeinpolitische Fragen behandelt wurden. Gestern nachmittag nahm Dr. Benesch an einer Sachverständigen-Sitzung teil, die zur Prüfung verschiedener, Italien und die Tschechoslowakei besonders interessierender Wirtschaftsfragen zusammengetreten war. Eine zweite Sitzung, der außer Dr. Benesch auch Mussolini beiwohnen wird, ist auf heute, Mittwoch nachmittag, festgesetzt worden. Benesch hat Mussolini den Weißen Löwenorden überreicht und ihm gleichzeitig mitgeteilt, daß der tschechische Minister für nationale Verteidigung beschlossen habe, Mussolini das Kriegskreuz zu verleihen.

### Ein tschechisch-italienischer Handelsvertrag.

EE Rom, 29. August.

Das erste Ergebnis der Besprechungen Dr. Beneschs mit Mussolini wird der Abschluß eines tschechisch-italienischen Handelsvertrages sein.

## Vor weiteren Besetzungen?

Mtb Köln, 29. August.

**Der Kölner Vertreter der „Times“ will erfahren haben, daß das Siegerland zusammen mit dem Sauerland, und zwar bis Münster hin, besetzt werden soll; desgleichen das ganze Gebiet zwischen dem Rhein und einer Linie, die von Münster bis Limburg verläuft.**

Im übrigen registriert der Vertreter ebenfalls die französischen Schikanen bei der Paßkontrolle in Bohwinkel. Er habe festgestellt, daß die Franzosen sich ständig weigern, die Gültigkeit der Kontrollpässe anzuerkennen, die von den Engländern für die Dauer der gegenwärtigen Verkehrssperre ausgestellt werden. Diese werde jetzt mit ganz besonderer Strenge durchgeführt.

## Neue „Sanktionen“ über Bochum.

Mtb Bochum, 29. August.

Der Kommandeur der französischen 40. Infanterie-Division in Bochum hat gestern eine neue Verkehrssperre über Bochum und Umgebung verhängt, und zwar wegen angeblicher Sabotageakte. Der Straßenbahnverkehr von Bochum nach Witten wurde auf die Dauer von 8 Tagen und der Straßenbahnverkehr von Bochum nach Gelsenkirchen für 14 Tage untersagt. Die Gründe, die zu dieser neuesten Verkehrslähmung veranlaßten, sind der Oeffentlichkeit nicht mitgeteilt worden.

## Chronik der Gewalt.

Dortmund, 29. August.

Gestern mittag wurde das Hauptverwaltungsgebäude der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft von den Franzosen besetzt.

Mainz, 29. August.

Heute morgen wurde der Vorsitzende der freien Gewerkschaften in Mainz, Stadtverordneter und Mitglied des Reichswirtschaftsrates Wilhelm Thomas, von den Besatzungsorganen verhaftet. Der Grund der Verhaftung ist nicht bekannt.

Mtb Frankfurt a. M., 29. August.

Beim heimlichen Ueberschreiten der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wurde der Schlosser Felix Kargermeier aus München in der Frühe des 24. August in der Nähe von Rödelheim von einem französischen Posten angeschossen und so schwer verletzt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Als er wieder zu sich kam, war sein Koffer mit 14 Millionen in deutschem und französischem Geld verschwunden.

## Inflation und Beamtengehälter.

Der Reichsbürgerrat stellt uns das nachstehende Rundschreiben zur Verfügung, das er an die ihm angeschlossenen Organisationen versandt hat:

An alle Landesbürgerräte!

Wir sehen uns durch eine Reihe von uns zugegangenen Schreiben und durch eingehende Verhandlungen, die über die Frage der Beamtengehälter stattgefunden haben, veranlaßt, das folgende Schreiben an die uns angeschlossenen Organisationen zu richten und gleichzeitig durch die Presse zu veröffentlichen:

„Seit einer am 19. Juli durch Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzminister und den Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter erfolgten Neuregelung der Berechnung und Auszahlung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne macht sich in der Oeffentlichkeit eine immer mehr steigende Erregung über die Höhe der jeweils an die Beamten und Staatsarbeiter erfolgenden Auszahlungen bemerkbar. Auch in der Presse hat diese Erregung schon lebhaften Ausdruck gefunden. Besprechungen, die wir über diese Frage in den letzten Tagen gehabt haben, veranlassen uns, auf folgendes aufmerksam zu machen: Die Erregung weiter Kreise über die Höhe der vom Staat gezahlten Gehälter und Löhne greift, soweit sie sich an den tatsächlich gezahlten Summen hält, insofern fehl, als der Staat sich mit Recht bemüht, die wirtschaftliche Not des Einzelnen nach Möglichkeit zu lindern. Es haben sich aber in der Festsetzung der Gehälter der Reichsbeamten und der Löhne der Staatsarbeiter wesentlich auf Grund des Abkommens vom 19. Juli Mißstände bemerkbar gemacht, die gerade im Interesse der Beamtenschaft sofort beseitigt werden müssen. Es handelt sich dabei um drei wichtige Probleme:

Zunächst erfolgt die Festsetzung der Auszahlung heute auf Grund einer Vereinbarung der Beamten des Finanzministeriums und Vertreter der Beamtenorganisationen, sodaß also wieder nur Beamte beteiligt sind, und bei der eine Nachprüfung von einem Reichstagsausschuß aus erfolgt, der stets bereits vor vollendeten Tatsachen steht. Es fehlt seit Monaten bei der Festsetzung der Gehaltsansprüche der Beamten an der notwendigen Einschaltung volkswirtschaftlich neutraler und absolut unabhängiger Elemente. Die Beamtenschaft darf sich nicht dem an sich vielleicht unberechtigtem Vorwurfe aussetzen, daß die Gehälter, die aus den gewaltigen Steuerleistungen der Allgemeinheit fließen, nur von der Beamtenschaft selbst bestimmt werden. Zweitens ist die Methode der Vorausbezahlung der Gehälter aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das außerordentlich feine Barometer des deutschen Wirtschaftslebens reagiert, wie aus mannigfachen statistischen Beobachtungen festzustellen ist, auf die durch die Vorauszahlung großer Summen an die Beamtenschaft stets mit einer neuen Teuerungswelle, die sich sowohl auf den Märkten des täglichen Bedarfs, wie auch an der Börse stets bemerkbar macht. Bei der großen Zahl von Beamten und Staatsarbeitern des Reiches, der Länder und der Gemeinden und bei der noch weit größeren Zahl von Angestellten und Arbeitern, deren Einkommen sich nach den Grundsätzen der Besoldungsordnung des Reiches richtet, muß im Interesse der gesamten Volkswirtschaft für einen möglichst gleichmäßigen Zufluß von Kaufkraft in die Volkswirtschaft gesorgt werden. Diesen Gesichtspunkt muß gerade die Beamtenschaft als Trägerin der Staatsidee in einer Zeit anerkennen, wo sich die Reichsregierung mit Recht bemüht, die Herrschaft des Staates über die Wirtschaft zugunsten des Wiederaufbaues und der inneren Festigung zurückzugewinnen. Zum Dritten aber enthält das System, nach dem auf Grund des Abkommens vom 19. Juli die Gehälter der Beamten und des Staatsarbeiter festgesetzt werden, eine volkswirtschaftliche Gefahr von solcher Größe, daß dagegen alle Abwehrmaßnahmen der Regierung zum Scheitern kommen müssen. Das Abkommen vom 19. Juli legt als System die Festsetzung von Nachzahlungen und von laufenden Zahlungen an Gehältern und Löhnen

Oscar Schmidt
Berlin-Wilmersdorf
Badensche Straße 48
Uhland 8872—8874

Spezialität:
8/26 PS. Hansa-Automobile
in den elegantesten Ausführungen kurzfristig lieferbar.
(37495-501)